

Vorwärts  
30./III. 1919

772

### Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Der Friede ist geschlossen und über 800 000 Kriegsgefangene kehren bald in die Heimat zurück. Die Zahl der Arbeitslosen wird dadurch noch gewaltig vermehrt werden. Viele davon kommen aus harter Fron in Feindesland zurück und werden sich wieder nach einem geordneten Arbeitsleben sehnen. Auch eine große Anzahl Seeleute, die über vier Jahre interniert waren und von jeder Arbeit systematisch abgehalten wurden, werden sich erst wieder eingewöhnen müssen. Scharen von Flüchtlingen werden aus den besetzten Gebieten zu uns kommen und so neue Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarke bringen.

Was dann? In den Großstädten herrscht eine große Arbeitslosigkeit, aber auf dem Lande werden dringend Arbeitskräfte gesucht, um die Ernte zu bergen. Fast 1½ Millionen Mark täglich gibt z. B. die Stadt Berlin für Arbeitslosenunterstützung aus — und die Landwirtschaft sucht Arbeitskräfte. Bürgerliche Volksredner verlangen daher stürmisch „den Abbau der Arbeitslosenunterstützung“. Es hieße aber das Pferd am Schwanz aufzäumen, wollte man zuerst mit dieser Frage beginnen, statt für passende Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

Deshalb muß in erster Linie an die Beschaffung der Arbeitsmöglichkeit gegangen werden. Unser Reichsministerium wird hier recht schnelle Arbeit leisten müssen und wird entgegen den Bedenken der Herren Geheime Räte sicher einen Ausweg finden. Rohstoffe sind ja noch in Deutschland vorhanden. So wird gemeldet, daß z. B. die Marineverwaltung ein Lager an Kupferbeständen habe, und die Eisenbahnverwaltung klagt so sehr über Mangel an diesem kostbaren Rohstoff für Reparaturen der Lokomotiven. Die Eisenbahnwerkstätten klagen wieder über Mangel an Werkzeugen und die Werkzeugfabriken warten auf Aufträge. Kein Telegraphenapparat ist zu erhalten, obwohl die Rohstoffe zu beschaffen wären und die Fabriken fast stillstehen. Schreibmaschinen werden in Hülle gesucht und bei Bestellungen wird eine dreimonatliche Lieferfrist in Aussicht gestellt.

Deshalb keine Zurückhaltung der Behörden im Punkte Erteilung von Aufträgen trotz sehr gespannter Etats, wenn dadurch Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden kann. Fehlt es an passenden Fabrikeinrichtungen, wie zum Beispiel im Lokomotivbau, so muß man eben zur Vinderung der Arbeitslosigkeit vorübergehend das Dreischichtsystem einführen, um dadurch Tausende von Metallarbeitern mehr zu beschäftigen. Die Wohnungsnot schreit zum Himmel und Tausende von Bauarbeitern sind ohne Beschäftigung. Es fehlt nur an Rohmaterialien. Die Ziegeleien z. B. erklären wieder, daß sie aus Mangel an Kohle den Betrieb nicht eröffnen können. Nun haben Genossen an verschiedenen Orten festgestellt, daß Kohlen inzwischen beschafft und trotzdem die Betriebe nicht eröffnet wurden. Genossen von Merseburg teilten uns mit: „Ziegeleien haben in der nächsten Umgebung von Kohlengruben abgelehnt, zu fabrizieren. Die Stadt hat zwingungsweise den Betrieb eröffnet. Sogleich waren die Unternehmer bereit. Also nicht am Kohlenmangel hat es gelegen. Es fehlten auch circa 500 Bauarbeiter (zum Bau von Wohnhäusern).“

Man vermutet daher mit Recht, daß das Kartell der Ziegeleibesitzer künstlich die Produktion zurückhält, um so die hohen Preise zu halten, die durch nichts gerechtfertigt sind. Dagegen ist schärfstes Einschreiten geboten. Wer nicht den Betrieb öffnet, trotzdem dies möglich ist, dessen Fabrik muß für Rechnung und Gewinn des Staates betrieben werden. Wer den Acker brach liegen läßt, ob schon er Arbeitskräfte bekommen kann, muß denselben der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Also erst Zwang zur Produktion, dann erst Zwang zur Arbeit, die nicht mutwillig ausgeschlagen werden darf.

Ganz verkehrt wäre es aber, wollte man zur Erhebung der fehlenden Arbeitskräfte auf dem Lande städtischen Arbeitern die Uebersiedlung auf das Land zur Pflicht machen. Wäre im Ernstfalle den Landwirten damit gebietet. Sie würden doch nur ungeschulte Kräfte erhalten, die die Produktion nur verteuern, anstatt zu verbilligen, die Bergung der Ernte erst recht in Frage stellen.

Gibt es denn gar keine anderen Mittel? Fahren doch jetzt noch täglich Hunderttausende von Arbeitern vom platten Lande in die Stadt hinein, um dort ihren arbeitslosen Kollegen das Brot wegzunehmen. Sie müssen mindestens während der Ernte an ihrem Ort bleiben und den dortigen Landwirten helfen. Damit trifft man zwei Fliegen mit einem Schlag. Die Landwirtschaft erhält leistungsfähige Arbeitskräfte, die sie kennt und schätzt, und die Wohnungsfrage der Landarbeiter wäre eher gelöst. Man kann doch nicht städtischen Arbeitern zumuten, daß sie auf dem Lande Notquartiere beziehen, in Scheunen oder in verseuchten Kuffenquartieren, und die Arbeiter vom Lande zur Stadt mit billigen Fahrkarten zur Arbeit schicken.

Langsam, aber sicher werden unsere Betriebe wieder in Gang kommen. Dann erst Arbeitszwang, da mit dem Aufschwung unserer Produktion sich sicher bald ein Arbeitermangel einstellen wird. Liegen doch Millionen unserer besten Arbeitskräfte tot unter dem Rasen; Millionen wurden verkrüppelt aus den Lazaretten entlassen, die nur als halbe Arbeitskräfte noch gelten können. E. G.